

Fragen zum Thema Ganztagschule an die Parteien Im Bundestag:

Allgemeine Fragen zur Ganztagschulentwicklung:

1. Wie wollen Sie in den nächsten Jahren die Potenziale und den Ausbau der Ganztagschulen vorantreiben?

CDU/CSU	SPD	Grüne	FDP	Die Linke
<p>Gemäß der Föderalismusreform 2006 sind die Länder für die Schulen zuständig. Da der Anstieg der Steuerquote seit dem Jahr 2011 fast ausschließlich den Ländern zugutekommt, während die Steuerquote des Bundes und der Kommunen seit Jahren konstant geblieben ist, können die Länder den Ausbau der Ganztagschulen finanziell stemmen, wie das Beispiel Bayern zeigt. Hinzu kommt, dass der Bund die Länder – parallel zur positiven Steuerentwicklung – im Bildungsbereich bereits um Milliardenbeträge entlastet: der Bund hat im Hochschulpakt zusätzliche Studienplätze geschaffen und sich im Qualitätspakt Lehre für eine bessere Betreuung der Studierenden engagiert, er hat das BAföG komplett übernommen und er investiert künftig in Schulsanierungen.</p>	<p>Wir werden gemeinsam mit den Ländern den flächendeckenden Ausbau guter Ganztagsangebote vorantreiben. Eine zentrale Maßnahme ist ein zweites Ganztagsausbauprogramm, das sich insbesondere an die Grundschulen richtet. Ein konkretes Ziel ist es, den Anteil der Grundschülerinnen und -schüler, die an Ganztagsangeboten teilnehmen, auf 50 Prozent zu heben.</p>	<p>Auf Bundesebene wollen wir zweigleisig vorgehen: Wir wollen die Kommunen in den kommenden fünf Jahren um 10 Milliarden € entlasten, mit denen sie dann ihre Schulen fit für die Zukunft machen können. Gleichzeitig setzen wir uns weiterhin für die Aufhebung des Kooperationsverbots ein. Sobald es nicht mehr gilt, wollen wir ein neues Ganztagschulprogramm auflegen und mit 4 Milliarden € ausstatten.</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen jedem Menschen ein Leben lang weltbeste Bildung ermöglichen – das ist unser „Mondfahrtprojekt“. Bis zum Ende des nächsten Jahrzehnts wollen wir Deutschland wieder an die Spitze der Bildungsnationen dieser Welt zurückführen und Maßstäbe setzen. Wir bekennen uns daher zu einem Schul- und Bildungssystem, das gleiche Zugangschancen eröffnet, Diskriminierung verhindert und Neutralität wahrt. Ein wesentlicher Baustein dessen ist der Ausbau der Ganztagschulen. Denn wir sehen die vielen Chancen, die Ganztagsangebote bieten, wie etwa eine vertiefte individuelle Förderung, vielfältige Möglichkeiten zur Wahrnehmung kultureller und sportlicher Angebote, die Förderung von Integration und auch die Unterstützung von Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zentral ist für uns daher nicht nur die Schaffung ausreichender Ganztagsplätze, sondern auch hochwertiger Förderbedingungen. Für uns Freie Demokraten steht dabei fest, dass die Bildungsfinanzierung eine gesamtstaatliche Aufgabe werden muss. Gleichzeitig wollen wir den Schulen mehr Eigenständigkeit einräumen. Sie sollen künftig selbst über ihren Haushalt, ihr Profil und ihr Personal entscheiden können. Die Finanzierung der Schulen wollen wir schrittweise auf Bildungsgutscheine umstellen. Denn so entsteht ein transparenter Qualitätswettbewerb um die besten Bildungsleistungen. Eltern, Schülerinnen und Schüler sollen immer die Schulform wählen können, die für ihre Ziele und Bedürfnisse am geeignetsten ist.</p>	<p>Der Ausbau von (gebundenen) Ganztagschulen muss eine wichtige Aufgabe in der kommenden Legislaturperiode sein. Hierzu müsste als erstes das Kooperationsverbot in Gänze aufgehoben werden und mithilfe eines Ganztagschulprogramms der Ausbau in den Ländern vorangetrieben werden. Wir sehen den Bund nämlich in der Pflicht, die Länder beim Ganztagschulbau finanziell zu unterstützen. Für die Herstellung der Vergleichbarkeit im Bildungswesen und gleicher Möglichkeiten der Bildungsteilhabe ist es wichtig, in den Ländern für alle Schüler*innen Ganztagschulplätze - unabhängig von der Schulform – bereitzustellen. Ein bundesweites Bildungsrahmengesetz könnte hier beispielsweise grundlegende Aussagen zur Größe der Lerngruppen, der Anzahl von Lehrkräften pro Lernenden machen.</p>

2. Wie steht Ihre Partei zur Forderung nach einem Rechtsanspruch auf einen Platz an einer gebundenen Ganztagschule?

CDU/CSU	SPD	Grüne	FDP	Die Linke
<p>Umfragen belegen, dass sich 70 Prozent der Eltern in Deutschland Ganztagsschulplätze wünschen. Insbesondere die offene Ganztagschule oder die Hortbetreuung bieten Eltern die Freiheit, selbst über den Umfang ihrer beruflichen Tätigkeit und die Zeit mit der Familie zu entscheiden. Daher wird es in den kommenden Jahren verstärkt darum gehen, die freiwillige, aber verlässliche Ganztagsbetreuung für Schulkinder bedarfsgerecht – auch in den Schulferien – auszubauen.</p>	<p>Unser Ziel: ein Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung. In einem ersten Schritt werden wir das in den nächsten vier Jahren für Grundschulen durchsetzen. Ganztagschulen müssen den unterschiedlichen sozialen Ausgangslagen von Kindern und Jugendlichen Rechnung tragen. Sie müssen mit unterschiedlichen Orten und sozialen Bedingungen so organisiert sein, dass die Vorteile non-formaler Bildung mit dem Ganzttag verbunden werden und möglichst viele Freiräume und alternative Angebote innerhalb des Systems bestehen. Dafür müssen personellen und konzeptionellen, aber auch die baulichen Voraussetzungen durch Neu- und Umbaumaßnahmen wie Sanierungsmaßnahmen geschaffen werden. Darüber hinaus werden wir die qualitative Weiterentwicklung von Ganztagsangeboten voranbringen.</p>	<p>Der Rechtsanspruch auf einen Platz an einer gebundenen Ganztagschule kann nicht von Bundeseite garantiert werden. Wir wollen als Bundespartei mit den o.g. Maßnahmen Länder und Kommunen dabei unterstützen, das Ganztagsangebot deutlich auszubauen. Quantitativ und qualitativ. Wo die Wahl auf eine offene oder eine gebundene Form fällt, kann nach unserer Auffassung am besten vor Ort entschieden werden.</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen, dass die Eltern, Schülerinnen und Schüler über die Schulform frei entscheiden können. Wenn sie einen Platz an einer gebundenen Ganztagschule wünschen, muss dies ermöglicht werden. Darüber hinaus fordern wir eine Unterrichtsgarantie für unsere Schülerinnen und Schüler. Überall in Deutschland fallen hunderte Schulstunden aus. Aber nur dann, wenn der Unterricht auch stattfindet, können unsere Schülerinnen und Schüler weltbeste Bildung erhalten.</p>	<p>Wir unterstützen den Vorschlag nach einem Rechtsanspruch auf einen gebundenen Ganztagsschulplatz. Dieser müsste in jedem Schulgesetz verankert werden.</p>

Fragen zur Bildungsqualität:

3. Die großen Aufgaben der Zeit heißen Inklusion und Integration. Ein erweitertes Zeit- und Personalbudget befähigt insbesondere Ganztagschulen dazu, diese Aufgaben zu bewältigen. Sind Sie und Ihre Partei bereit, bundesweit Schulen so auszustatten, dass sie ihren wichtigen Beitrag dazu leisten können? Welche Schritte sind aus Ihrer Sicht notwendig, und wann wollen Sie sie tun?

CDU/CSU	SPD	Grüne	FDP	Die Linke
<p>Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert seit 2005 die „Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen – STEG“. Dank dieser Forschung lassen sich erstmals empirisch abgesicherte Aussagen über schulische Ganztagsangebote und deren Wirkungen auf die Schülerinnen und Schüler treffen. Nach 2012 und 2015 werden im Jahr 2018 erneut bundesweite repräsentative Schulleitungsbefragungen durchgeführt. In diesen Wirkungsstudien wird untersucht, wie erfolgreiche Ganztagsangebote gestaltet werden können und welche Organisationsfaktoren sich positiv auf die individuelle Kompetenzentwicklung der Schülerinnen und Schüler auswirken. Dank dieser Forschung verfügen wir heute über deutlich mehr Wissen über Ganztagschulen. In den nächsten Jahren wird es darum gehen, die Impulse aus den Forschungsergebnissen des Bundes aufzunehmen und für eine weitere Qualitätsentwicklung der Ganztagschulen zu nutzen. Insbesondere hat Bayern gerade in seinem neuen Bildungspaket die Inklusionsarbeit und damit auch verbunden die Förderschulen erheblich gestärkt. Hunderte zusätzliche Stellen bis 2020 werden auf dem Gebiet der Inklusion und der Förderschulen, die als Kompetenzzentren erhalten bleiben, geschaffen. Außerdem werden neue Lehrstühle für Sonderpädagogik und ein neuer Ausbildungsstandort eingerichtet.</p>	<p>Um die Qualität des Unterrichts zu verbessern, wollen wir den Austausch von guten Konzepten fördern und dies durch begleitende Bildungsforschung unterstützen. Schule braucht gutes Lern- und Lehrmaterial, das die Lebensrealität und die Vielfalt von Lebensmodellen altersgerecht abbildet. Auch die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte wollen wir entsprechend weiterentwickeln, denn Lehrerinnen und Lehrer müssen sich immer wieder auf neue Herausforderungen einstellen. Die Qualitätsoffensive Lehrerbildung von Bund und Ländern werden wir fortsetzen und weiterentwickeln. Digitale Bildung muss Gegenstand von Schul- und Unterrichtsentwicklung sein. Gemeinsam mit den Ländern werden wir neue Bildungsstandards für alle Bildungsbereiche und Schulstufen entwickeln. Digitalisierte Lernmaterialien müssen offen zur Verfügung stehen, wofür wir verstärkt offene Bildungsinhalte (Open Educational Resources) nutzen wollen. Damit das funktioniert, brauchen wir vernetzte digitale Lern-Plattformen.</p>	<p>Für uns beginnt und endet Bildungsgerechtigkeit nicht mit der Schule. Wir setzen uns für gute Bildung für alle ein. Egal wie alt oder jung, egal ob neu hierher gezogen oder schon lange hier lebend, egal ob mit besonderen Talenten oder besonderen Bedürfnissen. Jedes Kind ab 2 Jahren soll einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in einer guten Kita haben. Mindeststandards für die Qualität wollen wir gesetzlich festlegen und die Finanzierung mit Bundesmitteln unterstützen. Und das grüne Familienbudget soll mit jährlich 12 Mrd. € Kinderarmut verhindern und Familien finanziell entlasten. Das verbessert die Lebenssituation vieler Kinder nachhaltig. Wenn der Bund in den nächsten Jahren 14 Milliarden in den Ausbau von Schulen und Ganztagschulen steckt, haben die Länder Freiräume, um mehr Personal mit mehr Zeit einzustellen. Insgesamt wird Zukunft dann weniger abhängig sein von Herkunft, Deutschland wird endlich bildungsgerechter.</p>	<p>Wir Freie Demokraten sehen in Ganztagschulen viele Chancen, um Bildungsgerechtigkeit, Integration und Inklusion zu fördern. Voraussetzung dafür sind jedoch hochwertige Förderbedingungen. Für die weltbeste Bildung setzen wir daher auf mehr Eigenständigkeit der Schulen. Wie die PISA-Studie zeigt, erzielen Kinder an Schulen mit größerer Gestaltungs- und Entscheidungsfreiheit deutlich bessere Leistungen. Denn wer eigene Entscheidungshoheit bei Organisation, Budget, Profilbildung und Personal besitzt, übernimmt auch engagiert Verantwortung und kann für beste Ergebnisse sorgen. Daher sollen Schulen selbst über ihren Haushalt, ihr Profil und ihr Personal entscheiden können. Einheitliche Bildungsstandards geben das Ziel vor, sich am Niveau der besten Bildungseinrichtungen der Welt zu orientieren. Ob die einzelne Schule sie erreicht, wird geprüft und transparent gemacht. Schulen mit besonderen Problemen, Schulen in Brennpunkten und Schulen, die noch hinter den Ergebnissen vergleichbarer Schulen zurückbleiben, müssen besonders unterstützt werden, beispielsweise hinsichtlich der Lehrer-Schüler-Relation.</p>	<p>Dem Verständnis von Inklusion entsprechend muss der gesamte Bildungsbereich einen uneingeschränkten, gleichberechtigten Zugang für alle gewährleisten. Das derzeitige gegliederte Schulsystem steht einer konsequenten Inklusion entgegen. Daher wollen wir dauerhaft flächendeckend ganztägige Gemeinschaftsschulen einführen, in der alle Kinder gemeinsam lernen und individuell gefördert werden. Bis dahin muss der Rechtsanspruch auf inklusive Bildung in einer Regelschule ohne Ressourcenvorbehalt in den Schulgesetzen verankert werden. Zudem wollen wir gemeinsam mit den Fachverbänden Standards für die personelle, bauliche, technische und sächliche Ausstattung inklusiver Schulen erarbeiten und insbesondere im Baurecht verankern. Darüber hinaus wollen wir nach dem Vorbild der WIFF-Initiative für die Weiterbildung frühpädagogischer Fachkräfte ein schulnahes Weiterbildungsprogramm für die im Beruf stehenden Lehrkräfte initiieren. Zudem muss ein Ganztagschulprogramm auf den Weg gebracht werden, das es möglich macht, inklusive Bildung ganztägig anzubieten.</p>

4. Sozialarbeiter*innen, Sozialpädagoge*innen und Erzieher*innen sowie weitere pädagogischen Professionen ergänzen die Lehrkräfte durch ihre fachlichen Qualifikationen jenseits des Lehrbetriebs. Welche Maßnahmen zur verpflichtenden flächendeckenden Einführung und Aufstockung sozialpädagogischen Personals für die Ganztagschulen werden Sie mit ihrer Partei in den kommenden Jahren umsetzen?

CDU/CSU	SPD	Grüne	FDP	Die Linke
<p>Die personelle Ausgestaltung der Schulen liegt im Zuständigkeitsbereich der Bundesländer. Dank sprudelnder Steuereinnahmen und einer effektiven finanziellen Entlastung durch den Bund (s. Frage 1) sind sie dazu auch in der Lage.</p>	<p>Überfällig ist der flächendeckende Ausbau der Sozialarbeit an allen Schulen, so dass sie alle Schülerinnen und Schüler, alle Eltern und alle Lehrkräfte erreicht. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir die Schulsozialarbeit ausbauen. Denn Schulen mit Ganztagsangeboten, die über den Unterricht hinausgehen, brauchen multiprofessionelle Teams. Gute Ganztagschulen müssen sich zudem gegenüber Partnern außerhalb der Schule öffnen und Kinder und Jugendliche an der Gestaltung der Angebote beteiligen. Schulen sind Orte der Bildung, der Wertevermittlung und Lernort für lebendige Demokratie. Ehrenamtliches Engagement der Schülerinnen und Schüler werden wir fördern.</p>	<p>Wir setzen uns seit langem für autonome Schulen mit einem guten Personalmix ein. Derzeit ist es jedoch nicht nur die Frage, ob Schulen die Ressourcen für Sozialarbeiter/innen, Sozialpädagogen/innen und Erzieher/innen haben, sondern viel mehr, ob sie das qualifizierte Personal vor Ort überhaupt finden können. Wir setzen daher nicht nur auf die o.g. Initiativen zur finanziellen Unterstützung von Ländern und Kommunen für die Schulen ein, sondern wollen auch die Ausbildungswege in diese Berufe verbreitern. Nur dann stehen in den nächsten Jahren nämlich die qualifizierten Menschen bereit, die Kinder, Jugendliche und Eltern an den Schulen brauchen. Wir wollen gemeinsam mit den Ländern das Schulgeld für vollzeitschulische Ausbildungen abschaffen, damit mehr junge Menschen Ausbildungen etwa zum Erzieher bzw. zur Erzieherin beginnen können. Wir wollen den Hochschulpakt verbessern und verstetigen, dann stehen mehr gut finanzierte Studienplätze bereit und die Abbruchquoten können durch bessere Betreuung verringert werden.</p>	<p>Die Anforderungen an die Leistungen der Schulen sind heute umfangreicher und vielseitiger als noch vor einigen Jahren. Entsprechend breit aufgestellt müssen die Lehrkräfte und übrigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Schulen sein. Wir Freie Demokraten wollen daher die Budgets der Schulen erhöhen, um mehr Stellen für Sozialpädagogen, Erzieherinnen und Erzieher, Psychologinnen und Psychologen sowie pädagogische Mitarbeiter und Schulbegleiter in der Inklusion zu schaffen. Wichtig ist uns, dass die Aufgaben klar zugewiesen sind: Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen dürfen nicht bloß eingesetzt werden, um fehlende Lehrkräfte beispielsweise im Ganztags zu kompensieren.</p>	<p>Multiprofessionelle Teams halten wir für gute Bildung unerlässlich und insbesondere an Ganztagschulen für unverzichtbar. Daher wollen wir Schulsozialarbeit im SGB VIII als eigenständige Aufgabe sozialer Arbeit verankern. Der Bund muss gemeinsam mit den Ländern dafür Sorge tragen, dass an allen Schulen Schulsozialarbeit in ausreichendem Maße zur Verfügung steht.</p>

Bundesfinanzierung:

5. Das derzeitige Kooperationsverbot verhindert maßgeblich dass der Bund die Länder beim weiteren Aufbau von Ganztagschulen unterstützt. Werden Sie in einer künftigen Regierung das Kooperationsverbot im Grundgesetz aufheben?

CDU/CSU	SPD	Grüne	FDP	Die Linke
<p>Die Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen nehmen eigene prioritäre Aufgaben wahr, aber sie eint die gemeinsame Verantwortung für unser Bildungssystem. Dazu gehört es, entsprechend ihren Zuständigkeiten in ganz Deutschland ein leistungsfähiges und chancengerechtes Bildungswesen zu gewährleisten, das Bildung von Anfang an und ein Leben lang ermöglicht – unabhängig von der Herkunft. Zugleich bekennen wir uns zum verfassungsrechtlich verankerten Wettbewerbsföderalismus: Der Föderalismus im Bildungsbereich eröffnet den Ländern eigene Gestaltungsmöglichkeiten, bedeutet aber auch Verpflichtung. Abgesehen davon kann von einem Kooperationsverbot keine Rede sein. Zum einen kooperieren Bund und Länder bereits, erinnert sei hier beispielsweise nur an den „DigitalPakt#D“. Darüber hinaus können die Länder untereinander Staatsverträge abschließen: Um die Qualitätsentwicklung in den Schulen aller Länder in der Bundesrepublik Deutschland voranzutreiben, verabschiedete die Kultusministerkonferenz in den Jahren 2003, 2004 und zuletzt 2012 bundesweit geltende Bildungsstandards. Ein Mitwirken des Bundes ist dafür nicht erforderlich.</p>	<p>Egal wo gelernt wird: Schulen müssen strahlen – die Gebäude, aber auch ihre Ausstattung. Und wir brauchen die besten Lehrerinnen und Lehrer. Deshalb wollen wir in einer „Nationalen Bildungsallianz“ alle Kräfte bündeln. Bildung ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Mit dem neuen Grundgesetzartikel 104c brechen wir jetzt in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot auf. Der Bund kann damit in finanzschwachen Kommunen direkt in Bildungseinrichtungen wie Kitas, Schulen, Horte und Berufsschulen investieren. Darüber hinaus wollen wir aber eine vollständige Aufhebung des Kooperationsverbotes. Überall wo es Sinn macht, muss der Bund helfen können, Bildung besser zu machen. Das Ziel ist nicht klein, aber wir stehen dazu: Deutschland muss das weltweit beste Land in der Bildung werden.</p>	<p>Ja. Wir haben 2006 gegen die Einführung des Kooperationsverbots gestimmt, weil wir seine schädliche Wirkung gesehen haben. Seitdem setzen wir uns für seine Abschaffung ein. Bisher haben unsere Anträge dazu leider im Bundestag keine Mehrheit gefunden. Wir hoffen sehr, dass das in der nächsten Wahlperiode anders sein wird. Bund und Länder müssen endlich gemeinsam Verantwortung übernehmen könne.</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen den Bildungsföderalismus in Deutschland grundlegend reformieren. Für uns ist klar, dass der Staat deutlich mehr in Bildung investieren muss. Wir wollen die Ausgaben für Bildung so erhöhen, dass gemessen am Staatshaushalt Deutschland zu den führenden fünf führenden Staaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zählt. Der Ausbau und die umfassende Modernisierung und des Bildungssystems, wozu auch die Schaffung von mehr Ganztagsangeboten zählt, würden Länder und Kommunen allein überfordern. Die Finanzierung muss daher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe werden.</p>	<p>Bildung ist eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Aus diesem Grunde müssen Bund, Länder und Kommunen an der Bildungsfinanzierung ausgewogen beteiligt werden. Der derzeitige Wettbewerbsföderalismus muss durch einen kooperativen Föderalismus abgelöst werden, durch den in allen Bundesländern und in allen Regionen gleichwertige Bildungsangebote und Zugangsvoraussetzungen gesichert werden. Übergreifende Bildungsaufgaben, die nicht nur aus der Sicht eines einzelnen Bundeslandes oder einer Region wichtig sind, sollen von Bund und Ländern auf der Grundlage von Vereinbarungen und ggf. eigener Gesetze nach 91a GG gemeinsam finanziert werden. Das gilt insbesondere für die Umsetzung neuer Qualitäten in der Bildung wie die Durchsetzung von Inklusion in der Bildung.</p>

6. Was beabsichtigen Sie und Ihre Partei darüber hinaus im nächsten Bundestag zu veranlassen, um die Länder, Kommunen und Schulträger in die Lage zu versetzen, räumliche, personelle und sächliche Ressourcen in ausreichender Höhe für die ganztägige Bildung zu garantieren?

CDU/CSU	SPD	Grüne	FDP	Die Linke
<p>Damit der Wohnort die Schulsituation der Schülerinnen und Schüler nicht von Anfang an negativ beeinflusst, werden wir strukturschwachen Kommunen mit einem Sondervermögen von 3,5 Milliarden Euro dabei helfen, beispielsweise Schulgebäude, Sanitäreanlagen, Klassenzimmer und Turnhallen mit Sanierungsbedarf zu renovieren. Außerdem wird der Bund massiv in die digitale Bildung investieren.</p>	<p>Das jetzt verabredete Schulsanierungsprogramm des Bundes werden wir zu einem Schulmodernisierungsprogramm weiterentwickeln. Damit sorgen wir für gut ausgerüstete Klassenzimmer, barrierefreie Gebäude und moderne Ausstattung, auch mit digitaler Technik.</p>	<p>Die Kommunen sollen einen zweistelligen Milliardenbetrag erhalten, um ihre Schulen fit für die Zukunft machen zu können (siehe Antwort auf Frage 1). Außerdem wollen wir auf Bundesebene für die Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher eine Milliarde Euro investieren, die Schulsozialarbeit stärken und durch Jugendberufsagenturen den Übergang von der Schule in die Ausbildung verbessern. Die Kommunen unterstützen wir in ihrer Integrationsarbeit und wollen den verschuldeten unter ihnen mit einem Altschuldentilgungsfonds einen Neustart ermöglichen.</p>	<p>Wir werden uns im nächsten Bundestag dafür einsetzen, dass der Bund sich weit stärker an der Bildungsfinanzierung beteiligen kann als bislang. Die zusätzlichen Mittel erhöhen die räumlichen, personellen und sächlichen Ressourcen an den Schulen deutlich.</p>	<p>Neben der Aufhebung des Kooperationsverbotes ohne wenn und aber und der dauerhaften Beteiligung an der Finanzierung von (schulischer) Bildung durch den Bund, müssen die Länder und Kommunen durch mehr Steuereinnahmen in die Lage versetzt werden, entsprechend mehr Mittel in Bildung fließen zu lassen. Zudem muss die Schuldenbremse abgeschafft werden.</p>